

# Dokumentation

zur Veranstaltung

## Bologna 2.0

Wo steht Deutschland bei der  
Verwirklichung des Europäischen  
Hochschulraumes?

Mannheim, 14. 12. 2009



# Bologna 2.0

## Wo steht Deutschland bei der Verwirklichung des Europäischen Hochschulraumes?

### Inhalt

Vorwort	2
Programmübersicht	3
Bologna 2.0: Herausforderung für Hochschulsysteme in Europa	4
Die Umsetzung der Bologna-Reform im europäischen Vergleich – Lehren für Deutschland	5
Bachelor und Master in Deutschland	7
Es herrscht Verunsicherung (Interview)	8
Mobilität in Studium und Lehre	9
Chancengerechtigkeit und Lebenslanges Lernen	10
Politische Bewertung und Umsetzungsstrategien	11
Mir geht es um mehr (Interview)	11
Jede Menge Denkanstöße (Interview)	12
Referenten, Moderatoren und Veranstalter	13
Presse	16

Texte und Fotos: Dr. Andrea Liebers, Dr. Stefan Zeeh  
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Kirsten Baumbusch

# Vorwort

Am Anfang war ein guter Gedanke. Gerade einmal zehn Jahre alt ist sie in diesen Tagen geworden, die Bologna-Reform der europäischen Hochschulen und kaum jemand in Deutschland lässt ein gutes Haar daran. Fast so, als wäre zuvor alles Gold gewesen in den deutschen Seminarräumen und Hochschulen. Aber spätestens im Lauf des Jahres 2009 konnte es niemand übersehen: Idee gut, Ausführung mangelhaft. Bachelor und Master wurden eingeführt, ohne die Umstellung und die neuen Zielsetzungen zu finanzieren und ohne wirklich auf die Bedürfnisse der Studierenden einzugehen.

Da wollten wir, meine Kollegin Helga Trüpel von der grünen Fraktion im Europäischen Parlament und ich, genauer hinsehen. Die Grundidee eines europäischen Hochschulraums, die Modernisierung des Hochschulangebots, internationale Vergleichbarkeit, der Perspektivenwechsel hin zum Lernenden und zu den im Studium zu erwerbenden Kompetenzen sind richtig. Deswegen geht es nicht um eine Rückabwicklung der Reform, sondern eine Fortentwicklung zu einem starken europäischen Bildungsraum, in dem nicht nur wesentlich mehr junge Männer und Frauen ihren Abschluss unter guten Bedingungen machen, sondern auch die Chance haben, Studierenerfahrungen im Ausland zu sammeln.

Aus dem europäischen Kontext war uns klar, dass in anderen Ländern andere Konzepte zur Umsetzung von Bologna herangezogen wurden und vielerorts deutlich größere Zufriedenheit herrscht als in Deutschland. Da wollten wir hinschauen, das wollten wir diskutieren, davon wollten wir für die notwendige Kurskorrektur lernen und wieder zurückwirken auf die europäische Ebene.

So entstand die Idee zur Konferenz „Bologna 2.0: Wo steht Deutschland bei der Verwirklichung des Europäischen Hochschulraums?“

Klar war: dies geht nur, wenn die unterschiedlichen, allesamt betroffenen und verantwortlichen, Ebenen zusammenkommen. Zu häufig wird der Schwarze Peter von Uni zu Land zu Bund zu Europa und zurück geschoben. Keiner will verantwortlich sein, und irgendwie sind es doch alle. Also müssen alle an einen Tisch. Dadurch entstand die Kooperation mit Kai Gehring, Hochschulpolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion, den zuständigen grünen Landtagsabgeordneten, allen voran der baden-württembergischen Abgeordneten Theresia Bauer, Hochschulgruppen, Studierendenvertretungen und Initiativen und der verantwortlichen Landesarbeitsgemeinschaften und Bundesarbeitsgemeinschaft der Grünen.

Als Struktur wurden neben einer Input-Podiumsdiskussion auf breiter Ebene zu Beginn, auch zwei Workshops, einmal zu „Mobilität in Studium und Lehre: Wie kann europäische/internationale Vernetzung ausgebaut werden?“ und zum anderen zu „Chancengerechtigkeit und Lebenslanges Lernen: Wie muss die Hochschulreform die soziale Dimension berücksichtigen“ geplant.

Bei den beiden Arbeitsgruppen wurde als Leitung mit Theresia Bauer und Ruth Seidl zwei Landtagsabgeordnete und mit Jacqueline Klimesch und Patrick Luzina zwei Vertreter von Campusgrün gewählt. Die gemeinsame Abschlussrunde wurde unter Moderation von taz-Bildungsredakteur Christian Füller im so genannten „Fishbowl“-Format abgehalten. Diese Diskussion im „Goldfisch-Glas“ besteht aus einem durchlässigen Gefüge von Innen- und Außenkreis, so dass nicht nur eine kleine Gruppe von Teilnehmenden zu Wort kommt, sondern alle, denen das Herz voll ist, können in den Innenkreis kommen, einen Teilnehmer „abklopfen“ und dann dessen Platz einnehmen. So entsteht ein gleichberechtigtes Gespräch, bei dem stringent am roten Faden diskutiert wird und trotzdem ganz viele Aspekte Platz haben.

Dass es gelang, die Konferenz mit einer großen Anzahl Teilnehmenden so schnell zu organisieren und sie so intensiv ablaufen zu lassen, ist einer effektiven Zusammenarbeit aller beteiligten Büros der Abgeordneten zu verdanken. Besonders hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang das Engagement von Solvej Krause. Sie war Trainee in meinem Brüssler Büro und maßgeblich mit dem Management betraut. Sie hat nicht nur in Absprache mit uns die Teilnehmenden ausgewählt, sondern auch die Themen ausgearbeitet und für einen reibungslosen Ablauf in Mannheim gesorgt.

Die nachfolgenden Seiten sollen die stattgefundenen Diskussionen und Eindrücke widerspiegeln – ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen!

# Programmübersicht

## Bologna 2.0

Wo steht Deutschland bei der Verwirklichung des Europäischen Hochschulraums?

### Begrüßung und Einführung

Zentrale Herausforderungen aus europäischer und nationaler Perspektive

Helga Trüpel, MdEP, Brüssel; Kai Gehring, MdB, Berlin

### Podiumsdiskussion

Die Umsetzung der Bologna Reform im europäischen Vergleich - Lehren für Deutschland

Moderation: Franziska Brantner, MdEP, Brüssel

Podium: Professor Hermann G. Ebner Prorektor, Universität Mannheim; Lea Brunner European University Association, Brüssel; Dr. Sybille Reichert, Reichert Consulting, Policy and Strategy Development in Higher Education, Zürich; Prof. Paul Sars, Kanzler und Dekan der Geisteswissenschaften, Radboud Universität Nimwegen; Dr. Peter Zervakis, Leiter Bologna-Zentrum, HRK, Bonn

### Workshop

Mobilität in Studium und Lehre: Wie kann europäische/internationale Vernetzung ausgebaut werden?

Theresia Bauer, MdL, Baden-Württemberg; Jacqueline Klimesch, Sprecherin des Bundesvorstands, Campusgrün, Karlsruhe

### Workshop

Chancengerechtigkeit und Lebenslanges Lernen: Wie muss die Hochschulreform die soziale Dimension berücksichtigen?

Dr. Ruth Seidl, MdL, Nordrhein-Westfalen; Patrick Luzina, Sprecher des Bundesvorstands, Campusgrün, Berlin

### Gemeinsame Abschlussrunde

Politische Bewertung und Umsetzungsstrategien

Moderation: Christian Füller, Bildungsredakteur taz, Berlin

# Bologna 2.0: Herausforderung für Hochschulsysteme in Europa

Eigentlich hätte der Bologna-Prozess und damit die Schaffung eines gemeinsamen Europäischen Hochschulraumes im Jahr 2010 abgeschlossen sein sollen. Die Studentenproteste in Deutschland im Herbst des Jahres 2009 zeigen jedoch, dass noch vieles bei der Umsetzung der Ziele der Bologna-Erklärung von 1999 im Argen liegt. „Wo steht Deutschland bei der Verwirklichung des Europäischen Hochschulraumes?“, fragten daher die Grünen-Abgeordneten Theresia Bauer, Franziska Brantner, Kai Gehring und Helga Trüpel bei der Veranstaltung „Bologna 2.0“ Mitte Dezember in Mannheim. Die Antworten gaben Fachleute aus Politik und Hochschule sowie zahlreiche studentische Vertreter.

„In anderen Ländern läuft es besser mit der Umsetzung der Bologna-Reform, aber auch nicht problemlos“, berichtete die Europaabgeordnete der Grünen Helga Trüpel einleitend von ihren Erfahrungen. So habe man in Schweden schon vor der Bologna-Erklärung von 1999 begonnen, das Hochschulsystem auf Bachelor- und Masterstudiengänge umzustellen. Der Bachelorabschluss wird dort in der Regel nach acht Semestern erreicht. Bejaht wird die Reform in Schweden, doch ist man trotz der schon längere Zeit andauernden Umstellung der Studiengänge immer noch der Ansicht, dass man sich erst mitten im Reformprozess befindet.

Nicht nur Deutschland hat Probleme mit der Bologna-Reform und so ist auch aus anderen europäischen Ländern zu hören: „Wir brauchen eine Reform der Reform“. Dabei kann laut Trüpel aus den Fehlern der anderen europäischen Länder gelernt werden, um so gute Verbesserungsvorschläge zu entwickeln.

Von einem „hochschulpolitischen Dezemberfieber“ sprach der Bundestagsabgeordnete Kai Gehring. Immerhin hätten die Demonstrationen der



Helga Trüpel und Kai Gehring begrüßten die Teilnehmer an der Veranstaltung Bologna 2.0 am Montag, 14. Dezember in der Jüdischen Gemeinde, Mannheim

Studierenden bewirkt, dass die Hochschulpolitik viel gesellschaftliche Aufmerksamkeit erlangt hat und eine notwendige Reformbewegung angestoßen wurde. Erste Ergebnisse, die seiner Ansicht nach in eine richtige Richtung weisen, hat eine Sitzung der Kultusministerkonferenz erbracht. Über den Erfolg des anstehenden „Bildungsgipfels“, bei dem es vor allem um die Finanzierung der Hochschulen und der Bologna-Reform gehen sollte, war Kai Gehring aber noch skeptisch: „Ob das gelingen wird?“

## Turbo-Studium mit Kontrollrahmen

Zu den Problemen in Deutschland hatte Kai Gehring einige Erklärungen parat. „In Deutschland ist ein Auseinanderklaffen von theoretischen Absichtserklärungen und praktischer Umsetzung offensichtlich“, erläuterte der Hochschulpolitische Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion. So sei die Umsetzung der Bologna-Reform bisher einseitig auf die Struktur des Studiums beschränkt gewesen und dabei wurde ein „Turbo-Studium mit einem starken Kontrollrahmen geschaffen“.

Ein weiterer Fehler sei gewesen, die Studiengänge nicht zu entrümpeln. Stattdessen findet in den Studiengängen oft eine viel zu starke Spezialisierung statt, die zu Lasten der Mobilität der Studierenden geht. „Es ist skandalös, wenn nur 41 Prozent der im Ausland erbrachten Studienleistungen hier anerkannt werden“, empörte sich der Bundestagsabgeordnete über die in Deutschland herrschende Praxis der Anerkennung von an ausländischen Universitäten absolvierten Kursen.

Ein Hauptproblem sieht Kai Gehring in den Finanzen. So sei die Bologna-Reform von Bund und Ländern nicht gegenfinanziert und die Hochschulen warteten immer noch auf den notwendigen 15prozentigen „Bologna-Aufschlag“.

Ebenfalls nicht gut getan hat seiner Ansicht nach der Reform der rigide Zugang zum Master-Studium. „Hierüber muss noch diskutiert werden“, befand Gehring, der aber auch betonte, dass die Bologna-Reform nicht rückgängig gemacht werden könne. Die notwendigen Korrekturen könnten jedoch nur gelingen, wenn aus der Strukturreform eine Lehr- und Qualitätsreform würde.

# Die Umsetzung der Bologna-Reform im europäischen Vergleich – Lehren für Deutschland



Podiumsteilnehmer Lea Brunner und Dr. Peter Zervakis

„Die Umstellung auf das Bachelor- und Mastersystem in Deutschland muss europäisch diskutiert werden“, gab die Europaabgeordnete für die Metropolregion Rhein-Neckar Franziska Brantner den Fünf auf dem Podium für ihre Stellungnahmen über die Umsetzung der Bologna-Reform mit auf den Weg.

Wie die Bologna-Reform in Europa aufgenommen wird, schilderte Lea Brunner von der European University Association (EUA). Immerhin vertritt und unterstützt die EUA die Hochschulen in 46 Ländern Europas, indem sie den Hochschulen nicht nur ein Forum zur Kooperation bietet, sondern sie auch über die neuesten Trends in der Hochschulbildung informiert. „Keine Reform ohne Hochschule“, machte denn auch Lea Brunner deutlich. Immerhin hatten europaweit 82 Prozent der Hochschulen das Dreizyklensystem Bachelor – Master – Doktorat im Jahr 2007 eingeführt und bis ins Jahr 2010 werden es mehr als 90 Prozent sein.

Wie steht es aber mit der Akzeptanz dieses Systems unter den Hochschullehrenden? Europaweit ist die Zustim-

mung zu den Bachelor- und Masterstudiengängen recht hoch. Nur 32 Prozent der Befragten befürworten eine Beibehaltung ihres jeweiligen alten Hochschulsystems, ohne die Aufgliederung in Bachelor und Master. 59 Prozent sprechen sich gegen die ehemaligen Systeme aus. In Deutschland sieht das jedoch anders aus. Hier würden es 53 Prozent der Hochschullehrer begrüßen, wenn das alte System beibehalten worden wäre und nur 43 Prozent befürworten das Dreizyklensystem.

Die Gründe für die Kritik an der Bologna-Reform sind nach Ansicht Lea Brunners unter anderem die Vermischung mit anderen Reformprozessen wie etwa dem der Studienzeitsbeschränkung. Außerdem müsse man den Hochschulen die Mittel geben, um ihre Aufgaben wahrzunehmen. „Doch Geld allein macht auch nicht glücklich“, erläuterte die Schweizerin Brunner weiter und verwies auf das Beispiel der Niederlande, wo in den letzten Jahren weniger Geld für die Studierenden bereit gestellt wurde, die Reform aber besser angekommen ist.

„Die Chancen der Bologna-Reform wurden in Deutschland nicht genutzt“,

bilanzierte Lea Brunner. „Verbesserte Lehre bedeutet auch verbesserte Betreuung“, zeigte sie ein Beispiel auf. Bereits bestehende Schwächen des alten Systems wurden stattdessen beibehalten. Außerdem wurden die Bologna-Tools nicht verstanden, denn das ECTS-System berechnet sich nicht auf Basis der Semester-, Wochen- oder Kontaktstunden.

Lea Brunner gab auch Ziele für die Zeit nach 2010 vor. So müsse man endlich beginnen, über Visafragen oder Pensionsrechte im Zusammenhang mit der zunehmenden Mobilität der Studierenden und Lehrenden nachzudenken. Speziell für Deutschland merkte die Schweizerin an, dass hier die länderspezifischen Regelungen unter die Lupe genommen werden müssten. „Die fünf Jahre Studium bis zum Masterabschluss sind eine deutsche Erfindung“, machte Lea Brunner eine Eigenheit des deutschen Systems, die auch besondere Probleme mit sich bringt, deutlich. Insbesondere müsse in Deutschland vermehrt eine Diskussion über die Rolle der Hochschulen stattfinden, um zu klären: Wen und wofür bilden die Hochschulen aus?

---

## Reformbedürftiges Hochschulsystem

---

Eine ganz andere Sichtweise auf die Bologna-Reform präsentierte Dr. Peter Zervakis, der Leiter des Bologna-Zentrum der Hochschulrektorenkonferenz in Bonn. „Das deutsche Hochschulsystem war schon vor der Bologna-Reform arg reformbedürftig. Auch das Bologna-Programm hat das nicht ausgleichen können“, blickte Zervakis noch weiter in die Vergangenheit zurück. Mit der Bologna-Reform sei an deutschen Hochschulen viel passiert, trotzdem sei die Stimmung in der Öffentlichkeit gegenüber der Bologna-Reform schlecht.

Als Ursache hierfür sieht Peter Zervakis eine Legendenbildung, nämlich dass der Bologna-Prozess ein einheitliches Studium in Europa schaffen wolle. „Nein, das ist Quatsch“, machte der Leiter des Bologna-Zentrums deutlich. Vielmehr solle durch die Bologna-Reform die Vielfalt des Studiums in Europa geschützt und sogar gefördert werden. So sehe ein Bachelor-Studiengang in Edinburgh völlig anders aus als in Florenz oder Sevilla.

Zudem gehe die Bologna-Reform in Deutschland immer weiter voran. „Zum Wintersemester 2009/2010 sind 10000 Studiengänge umgestellt“, erläuterte Zervakis. Etwa 75 Prozent aller Erstsemester würden sich in einen Bachelor-Studiengang einschreiben. Dabei sei zu berücksichtigen, dass die Studiengänge mit Staatsexamen nicht umgestellt würden. „Der Bologna-Prozess schützt die Eigenheiten der Länder“, erklärte Peter Zervakis diese auf den ersten Blick ungewöhnliche Beibehaltung der alten Abschlüsse in bestimmten Studiengängen. Bisher hätten allerdings nur 20 Prozent der Absolventen einen Bachelor- oder Masterabschluss gemacht. „Der große Schwung kommt in den nächsten Jahren“, war sich der Leiter des Bologna-Zentrums sicher.

Durch die Bologna-Reform sei es gelungen, die Studienzeit zu verringern. Die liegt derzeit mit durchschnittlich 6,8 Semestern nahe an der durchschnittlichen Regelstudienzeit von 6,3 Semestern. Allerdings wollte auch Peter Zervakis nicht verheimlichen, dass die Studierenden mit den Studienbedingungen unzufrieden sind. Alte Mikroskope und alte Hörsäle, in denen es bei Regen hineintropft, könnten nun einmal niemanden glücklich machen. Aber dafür könne der Bologna-Prozess nichts. Es sei jedoch gelungen, den Bachelor-Absolventen den Berufseinstieg zu erleichtern. Gleichwohl sah Zervakis noch Handlungsbedarf. Genauso wie bei der Mobilität der Studierenden, die stärker gefördert werden müsse, unter anderem durch Mobilitätsfenster oder Hochschulpartnerschaften.

Zwei große Teile hat Dr. Sybille Reichert in der Bologna Reform ausge-

## Ein Mentalitätswandel ist notwendig

macht. Erstens die strukturelle Harmonisierung, die zu einheitlichen Abschlüssen, mehr Mobilität oder besserer Anerkennung der Studienabschlüsse führt. „Das ist das Formale, und das lässt sich relativ leicht umsetzen“, hielt die Gründerin der Beratungsfirma Reichert Consulting fest. Dahinter steckt der zweite, schwerere umsetzbare Teil: Die Verbesserung der Lehre. Damit dies erreicht werden könne, müsse ein umfassender Mentalitätswandel stattfinden.

Ein Mentalitätswandel wäre auch auf dem Arbeitsmarkt notwendig. Sybille Reichert wies dem Bachelor eine Art „Scharnierfunktion“ zu, um Land oder

unterstrich Sybille Reichert die Bedeutung der Finanzen. „Die Bologna-Reform ist nicht kostenneutral“, betonte sie. So kosten eine bessere Betreuung, bessere Beratungen und kleinschnittigere Prüfungen Geld. „Bei den Prüfungen hat man in Deutschland zwar einen Overkill betrieben, trotzdem werden auch nach einer Reform viele Prüfungen bleiben“, ergänzte Sybille Reichert.

Einige Beispiele für gelungene Verbesserung im Zuge des Bologna-Prozesses hatte Sybille Reichert ebenso parat. So hat in St. Gallen eine umfangreiche Lehrreform mit Umstellung der Curricula und interdisziplinären Ansetzen stattgefunden. „Eigentlich wollten sie das schon immer machen, nahmen dann aber die Bologna-Reform zum



Podiumsteilnehmerin Sybille Reichert betont die Qualitätsverbesserung in der Lehre.

Hochschule zu wechseln und den Masterabschluss zu machen, oder eben in das Berufsleben einzusteigen, um sich eventuell zu einem späteren Zeitpunkt weiterzubilden.

Anpassungen des Arbeitsmarktes an die neuen Abschlüsse würde jedoch einige Zeit dauern. „Zwischen fünf und 20 Jahren“, kalkuliert Reichert. Auch in Ländern, die schon früher mit der Umstellung auf Bachelor- und Masterabschlüsse begonnen haben, wie etwa die Schweiz oder die Niederlande, bleibt diesbezüglich noch einiges zu wünschen übrig.

Bei den Faktoren für eine erfolgreiche Umsetzung der Bologna-Reform

Anlass“, erläuterte Reichert. Von den Studierenden sei diese Reform sehr positiv bewertet worden. Die wohl umfassendste Reform geschah an der portugiesischen Universität von do Minho. Hier wurden die Curricula und Lehrformen verändert, Informations- und Datensysteme, sowie eine Qualitätssicherung in der Lehre eingeführt, und auch das Marketing wurde verbessert. „Es muss ein Willen zur Reform herrschen“, gab Sybille Reichert allen am Bologna-Reformprozess Beteiligten mit auf den Weg.

„Die Hochschulen sind mit dem großem Willen gestartet, etwas zu verändern“, berichtete Professor Hermann

## Nur für den Bachelor gibt es Geld

Ebner, der Prorektor der Universität Mannheim, über die Anfänge der Bologna-Reform an den deutschen Hochschulen. Dann sei jedoch etwas passiert, das den Reformprozess verändert hätte. „Jeder hatte neue Forderungen“, führte Hermann Ebner aus. So sollten etwa die Lehre und das Betreuungsverhältnis verbessert werden und das Ganze kostenneutral sein. Das habe die Bologna-Reform ursprünglich so aber nicht vorgesehen. „Die Verbesserungen in der Lehre in Deutschland sind deshalb auch nicht auf die Bologna-Reform zurückzuführen, sondern auf die Einführung von Studiengebühren“, machte Ebner deutlich, wobei er auch festhielt, dass dies nicht bedeute, dass er für Studiengebühren sei.

Hinzu kämen die unterschiedlichen Hochschulen in Deutschland. Fachhochschulen und Universitäten seien nicht miteinander vergleichbar. „Keine Fachhochschule hat ein so schlechtes Betreuungsverhältnis wie Universitäten“, gab der Mannheimer Prorektor ein Beispiel für die Unterschiede, die sich auf die Reformen auswirken.

„Nur für den Bachelor bekommen wir Geld, für den Master kriegen wir nichts, das kann so nicht funktionieren“, zeigte Ebner eine große Schwachstelle der Bologna-Reform auf, näm-



Das Podium mit Franziska Brantner, Sybille Reichert, Hermann Ebner und Paul Sars.

lich die Finanzierung der Hochschulen. Würden alle Bachelor-Absolventen ein Masterstudium beginnen, hätte das katastrophale Konsequenzen für die Studienbedingungen der Masterstudierenden. Was also tun? „Eine Quote für den Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium macht keinen Sinn, und alle Studierenden mit einem Bachelorabschluss zu übernehmen auch nicht“, verdeutlichte Ebner. Ein praktikables Modell für den Übergang Bachelor – Master habe er auch nicht und er forderte deswegen eine ernsthafte Debatte dazu.

Auf die Finanzierung wirke sich auch die kürzere Semesterzahl bis zum Bachelor-Abschluss aus. Sechs statt

neun Semester, das müsse, so die irri- ge Annahme, doch billiger sein. Gleich- zeitig gilt der Bachelor als berufs- qualifizierender Abschluss und damit befinden sich die Hochschulen in einer Zwickmühle. Denn die Unterneh- men sagten: „Sechs Semester, das reicht nicht“. Also wurde das Bachelor-Stu- dium mit Lernstoff vollgestopft. „Deshalb gibt es nur die beiden Mög- lichkeiten den Bachelor auf acht oder neun Semester ausdehnen oder sechs Semester voll stopfen“, erläuterte Ebner die Möglichkeiten der Univer- sitäten. Etwas Positives konnte der Prorektor der Reform aber auch abge- winnen: „Die Abbrecherquote ist zu- rückgegangen, da wir vom 1. Semester

## Bachelor und Master in Deutschland

Genau 9510 oder 76 Prozent der an deutschen Hochschulen angebotenen 12515 Studiengänge waren im Sommersemester 2009 Bachelor- oder Masterstudiengänge (Quelle: „Statistiken zur Hochschulpolitik 1/2009“ der HRK). 5929 der Bachelor- und Masterstudiengänge boten Universitäten an. Damit sind noch 2303 alte Studiengänge an den Universitäten umzustellen. Von denen entfallen jedoch 1885 auf staatliche und kirchliche Abschlüsse, deren Umstellung nicht im Verantwortungsbereich der Universitäten liegt. So verbleiben nur noch etwa 400 traditionelle Studiengänge.

An den Fachhochschulen beträgt der Anteil der Bachelor- und Masterprogramme 95 Prozent des Gesamtstudienangebotes (3351 von 3532).

Bei den Kunst- und Musikhochschulen sind es derzeit knapp 31 Prozent (230 von 751). Hier hat die Studienreform durch die Ausnahme in den Ländergemeinsamen Strukturvorgaben, die bis Juni 2005 galt, erst später eingesetzt.

Für die einzelnen Fächergruppen zeigt sich, dass die Umstellung auf Bachelor und Master mit 90 und mehr Prozent in den Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften, den Ingenieurwissenschaften sowie den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften am weitesten fortgeschritten ist. Dabei ist

zu berücksichtigen, dass das juristische Staatsexamen und das in der Medizin erworbene nicht durch den Master ersetzt werden kann. So werden im Bereich Medizin/Gesundheitswissenschaften erst 71 Prozent der Studiengänge mit einem Bachelor oder Master abgeschlossen.

In der Mathematik und den Naturwissenschaften kann in gut drei Viertel der Studiengänge der Bachelor oder Master erlangt werden. Etwas hinterher hinken noch die Sprach- und Kulturwissenschaften, in denen erst gut 60 Prozent der Studiengänge das neue System berücksichtigen. Aus oben erwähnten Gründen sind im Bereich Kunst und Musik erst 42 Prozent der Fächer an allen Hochschulen umgestellt.

an eine stärkere Strukturierung und Unterstützung bieten“. Eine Aussage, welche die anwesenden Studierenden so nicht bestätigen konnten. Aber leider lagen die Studienabbrecherzahlen im Vergleich zu vor der Reform nicht vor, um diese Aussage zu überprüfen.

## In den Niederlanden ist vieles anders

Von ganz anderen Studienbedingungen berichtete Professor Paul Sars, Kanzler der Radboud Universität in Nijmegen, Niederlande. „Ich fahre jeden Donnerstag mit meinen Germanistik Studenten zur Hochschule nach Essen. Dort merken sie, was es heißt, in überfüllten Hörsälen zu sitzen“, verdeutlichte Paul Sars die Unterschiede von Deutschland zu Holland. Außerdem gäbe es an deutschen Universitäten zu wenig Computer für die Studierenden, und auch die Betreuung der Studierenden wäre in Deutschland schlechter als im Nachbarland. Kein Wunder, dass 40 Prozent der ausländischen Studierenden in den Niederlande aus Deutschland stammen. „Die Deutschen sollten sich aber nicht darüber freuen, denn da gehen die Talente weg“, zeigte Sars die Folgen des Studierendenexports auf.

Die Ursache für die besseren Studienbedingungen im Nachbarland, wo etwa jedem Studierenden ein Computer zur

Verfügung steht, sieht Sars in der Struktur der niederländischen Universitäten. „Wir verwalten unsere Universitäten als Privatbesitz, obwohl wir vom Staat finanziert werden“, erläuterte der Kanzler der niederländischen Universität. Das bringt Gewinn, denn man macht nur, was benötigt werde.

Das führt beispielsweise dazu, dass man nicht jede Fächerkombination studieren kann. So lässt sich etwa nicht Geschichte und Mathematik miteinander kombinieren.

Gleichzeitig gibt es Studiengebühren, welche die Studierenden in Form eines staatlichen Stipendiums mitbringen. Daher geht es nur den Universitäten gut, die genügend Studierende haben. Ein Evaluierungssystem sorgt zusätzlich für einen hohen Standard in der Lehre.

„Alle Kurse und Studiengänge werden evaluiert, und es gibt nationale Rankings. Wenn man in denen schlecht abschneidet, hat man ein Problem“, erklärte Paul Sars das niederländische System. Zusätzlich ist das Studium in den Niederlanden sehr strukturiert. So ist beispielsweise das 3. Semester fest als Auslandssemester vorgesehen. „Das Praktische der Holländer ist gut, aber es gibt auch in den Niederlanden weniger gute Sachen“, schränkte Paul Sars seine positive Schilderung der Studienbedingungen im Nachbarland noch etwas ein.

## Es herrscht Verunsicherung



Die Heidelberger Doktorandin Julia Rösch äußerte sich zu Fragen über Bologna 2.0.

Was ist Ihr persönlicher Bezug zum Bologna-Prozess?

Ich bin direkt betroffen, denn ich habe gerade mein Studium beendet. Ich habe Geografie, Deutsch und Italienisch auf Lehramt und Diplom studiert und arbeite jetzt weiter als Doktorandin. Ich soll die General Studies umsetzen, und habe dadurch viel mit den Bachelor-Studiengängen zu tun. Ich interessiere mich dafür, wie es sich weiterentwickelt.

Was war neu für Sie? Welche Aspekte fanden Sie besonders interessant?

Keines der angesprochenen Probleme war neu für mich. Das, was Paul Sars über die Niederlande erzählt hat, fand ich interessant, aber als Statement war es zu kurz, als dass ich darüber einen genauen Einblick hätte bekommen können.

Was würden Sie sich wünschen, dass noch vertieft wird?

Nur über Bologna zu reden, ist zu wenig. In meiner Studienzeit, ich habe 2001 mit dem Studium begonnen, ist alles reformiert und umgekrempelt worden. Neue Zulassungsverfügungen wurden erlassen, jetzt werden Studiengebühren erhoben, um nur zwei Beispiele zu nennen. Es herrscht eine extreme Verunsicherung. Ich zum Beispiel fühle mich als lebendiges Fossil. Ich habe mich zu ganz anderen Bedingungen als heute eingeschrieben.



Unterschiedliche Sichtweisen zur Bologna-Reform wurden durch die Podiumsteilnehmer verdeutlicht.

# Mobilität in Studium und Lehre

## Wie kann europäische/internationale Vernetzung ausgebaut werden?



Theresia Bauer und Jacqueline Klimesch hatten viele Fragen an die WorkshopteilnehmerInnen.

Theresia Bauer, Landtagsabgeordnete und Hochschulpolitische Sprecherin der Grünen in Baden-Württemberg, leitete zusammen mit Jacqueline Klimesch, der Sprecherin des Bundesvorstandes Campusgrün, den Workshop und provozierte sogleich mit einigen Thesen: Seit Einführung des Bachelor sei ein Auslandsaufenthalt nicht leichter geworden, der große (erhoffte) Schub in Richtung mehr Mobilität habe sich nicht eingestellt. Woran liegt das?

„Sind das noch Kinderkrankheiten, die sich auswachsen, oder ist es ein schönes Ziel, das nicht erreicht werden kann? Kann man sich immer damit herausreden, dass man mehr Geld haben müsste, dann würde es schon klappen? Warum setzt sich die an sich gute Idee, ein Semester im Ausland zu verbringen, nicht stärker durch? Warum ist Mobilität im Studium kein wirklich anerkanntes Qualitätsmerkmal eines erfolgreichen Studiums und warum werden deshalb keine Mobilitätsfenster angeboten?“, fragte Theresia Bauer weiter in die Runde.

Überraschenderweise gab es gleich zu Beginn der Diskussion Einwände gegen eine Strukturierung der Mobilität im Studium. Man sollte jetzt nicht auch noch anfangen, ein Auslandssemester

zu verordnen, hier sollte es jedem Studierenden selbst überlassen werden, ob er das wolle oder nicht.

Auch die Frage der Finanzierung wurde von etlichen TeilnehmerInnen aufgeworfen. Denn Mobilität ist mit Kosten, nicht zuletzt mit einem Umzug verbunden. Soll man die Wohnung, in der man wohnt, in der Zwischenzeit behalten? Haben möglicherweise Studierende mit akademischen Elternhäusern, die finanziell besser gestellt sind, einen großen Mobilitätsvorteil? Anscheinend gibt es aber noch keine Untersuchungen darüber. Welche Mobilitätsbremse ist eigentlich größer – die der Finanzierung oder die Angst vor dem Zeitverlust durch das Auslandssemester?

Mobilität bedeute nicht nur, ein Semester im Ausland zu verbringen, man müsse auch bedenken, dass der Wechsel der Hochschule in Deutschland schon schwierig genug sei. Einige bemängelten, dass oft sogar die intrauniversitäre Mobilität ein hindernisreiches Unterfangen sei. Die Frage nach dem Sinn von Auslandsaufenthalten oder Studienortwechseln wurde gestellt, und es wurde hervorgehoben, dass ein Studienortwechsel nicht nur aus fachlichen Gründen eine neue Er-

fahrung darstelle, sondern auch eine menschliche Bereicherung sei.

Nach engagierter Diskussion bat Jacqueline Klimesch noch um „Blitzlichter“. „Was ist euch wichtig? Was wünscht ihr euch?“, diese Fragen sollten kurz beantwortet werden. Dabei wurde deutlich, dass sich viele mehr Freiräume für die persönliche Entwicklung wünschten. Vor allem bei den Geisteswissenschaftlern sei zu bedenken, dass sehr viele später nicht in den Gebieten arbeiten, die sie studiert haben. Also sei hier eine ganz andere Flexibilität und Mobilität gefragt als etwa in den Naturwissenschaften. Ein Wunsch vieler war es, dass Menschen, die mobil sind, auch eine Wertschätzung erfahren mögen, und dass es als Qualitätsmerkmal honoriert wird, wenn sich jemand auf das Wagnis Ausland oder andere Studienorte einlässt.

## Historisches

Alles begann im Jahr 1997 mit dem Lissabon-Abkommen des Europarates und der UNESCO. Mit diesem Abkommen wurde eine rechtliche Grundlage für die Anerkennung von Studienleistungen innerhalb Europas geschaffen. 1998 trafen sich anlässlich des Jubiläums der Universität Sorbonne in Paris die Bildungsminister Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Großbritanniens und unterzeichneten die Sorbonne-Erklärung, die erstmals das Vorhaben einer strukturellen Harmonisierung von Hochschulsystemen in Europa als Ziel formulierte. Ein Jahr später trafen sich die Bildungsminister von 29 europäischen Ländern in Bologna und verabschiedeten die Bologna-Erklärung, die das Ziel eines gemeinsamen Europäischen Hochschulraumes bis zum Jahr 2010 sowie Eckpunkte zur Umsetzung dieses Ziels enthält. Der Kreis der Unterzeichnerstaaten ist seitdem stetig gewachsen und umfasst mittlerweile 46 Staaten von Island bis Russland und von Norwegen bis Zypern.

# Chancengerechtigkeit und Lebenslanges Lernen

## Wie muss die Hochschulreform die soziale Dimension berücksichtigen?

„Das Studium darf nicht an sozialen Punkten scheitern“, machte Dr. Ruth Seidl, Landtagsabgeordnete in Nordrhein-Westfalen und dort wissenschafts- und forschungspolitische Sprecherin der Grünen, bei ihrem Einführungsvortrag zu den sozialen Dimensionen des Bologna Prozesses deutlich. Ein wichtiger Punkt sei dabei natürlich die finanzielle Situation der Studierenden. Studiengebühren erleichterten nicht den Zugang zum Studium, zeigte Ruth Seidl auf. So ist etwa die Übergangsquote von der Schule ins Studium nach Einführung von Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen von 78 auf 68 Prozent gefallen.

„Studiengebühren verschärfen die Selektivität. Hochschulbildung wird vererbt“, fuhr Ruth Seidl fort. So zeige eine Studie, dass 70 Prozent der Kinder von Akademikern noch vor dem Abitur feste Studienabsichten haben, bei Nicht-Akademiker-Kindern liegt dieser Anteil nur bei 55 Prozent. „Das können wir uns nicht erlauben, das ist nicht akzeptabel“, machte die Grünen-Politikerin deutlich.

„Das BaföG muss Bologna-tauglich werden“, forderte Ruth Seidl weiter. So habe sich die Unterscheidung von konsekutiven, nicht-konsekutiven und weiterbildenden Masterprogrammen beim BaföG nicht bewährt. Außerdem müsse die Förderkontinuität im Übergang von Bachelor- zum Masterstudium sicher gestellt werden und auch ein nach einer Unterbrechung weitergeführtes Masterstudium müsse förderfähig sein. In diesem Zusammenhang müsse die Altersgrenze von 30 Jahren für die Förderung abgeschafft werden.

Ein weiteres Ungleichgewicht tritt mit dem Übergang Bachelor – Master auf, denn der Frauenanteil sinkt dabei von 52 auf 42 Prozent. Deshalb forderte Ruth Seidl die Abschaffung der Zugangsbeschränkung zum Masterstudium und eine Sicherstellung der Kontinuität von BaföG.



Ruth Seidl und Patrick Luzina, Sprecher des Bundesvorstands, Campusgrün, Berlin, leiteten den Workshop zu sozialen Themen rund um die Bologna-Reform.

Die Arbeits- und Zeitbelastung von bis zu 3300 Stunden im Jahr für das Studium führt bei den Studierenden zu gesundheitlichen Problemen. So leiden nach einer Studie der Techniker-Krankenkasse 25 Prozent der Studierenden unter Konzentrationsschwierigkeiten, 16 Prozent haben depressive Verstimmungen, und 20 bis 25 Prozent psychische Probleme. „Der Alkohol- und Medikamentenmissbrauch nimmt bei den Studierenden zu“, berichtete Ruth Seidl. Verschärft wird die Situation der Studierenden durch Zusatzbelastungen wie Nebenjob oder Kindererziehung. Immerhin arbeiten 63 Prozent der Studierenden neben ihrem Studium und etwa ein Drittel könnte ohne Job gar nicht studieren.

Die psychischen Probleme konnte eine der Workshop-Teilnehmerinnen, die Heidelberger Doktorandin Julia Rösch, nur bestätigen. „Als Tutorin betreue ich die erste Generation an Bachelor-Studierenden und musste dabei oft die in Panik geratenen Studierenden beruhigen“, schilderte sie ihre persönlichen Erfahrungen.

Die Studierenden beschäftigte in der Diskussion jedoch vor allem der Zugang zum Masterstudium, doch Ruth

Seidl war sich sicher: „Irgendeine Art Quote wird es dabei immer geben“. Die soziale Ausgewogenheit thematisierte dagegen Kai Gehring. „Wir wollen, dass sich die gesellschaftliche Vielfalt auch auf dem Campus widerspiegelt“, hielt der Bundestagsabgeordnete der Grünen fest. So müsse man sich überlegen, wie es gelingen könne, Arbeiter- und Migrantenkinder an die Hochschulen zu bringen. Die Europaabgeordnete der Grünen Franziska Brantner schlug hierfür eine Quotenregelung vor, die einen gewissen Anteil dieser Bevölkerungsschicht an den Studierenden sicher stellen könne. „Da wird es dann auch dazu kommen, dass jemand mit einer schlechteren Abiturnote studiert“, zeigte sie sogleich die Konsequenzen einer solchen Regelung auf.

„Die Bildungsbudgets in Europa müssen erhöht werden“, sprach Helga Trüpel die finanzielle Situation rund um die Bildung an. Sie war sich aber auch darüber im klaren, dass dies nur durch eine Steuererhöhung oder durch eine Umverteilung von Finanzmitteln in den Haushalten möglich sei. „Damit müssen wir aber offen umgehen“, betonte Helga Trüpel.

# Politische Bewertung und Umsetzungsstrategien

„Ist die Bachelor-Krise vorbei, jetzt wo Kultusministerkonferenz und Akkreditierungsrat alles verändert haben?“, fragte Christian Füller, Bildungsredakteur bei der taz, provokant beim Abschlusspodium in die Runde der vier Grünen-Abgeordneten, die die Veranstaltung Bologna 2.0 ins Leben gerufen hatten. Das wollte Helga Trüpel keinesfalls so sehen. „Die Frage ist, wie viel die EU-Staaten bereit sind, für die Bildung auszugeben“, sagte die Europaparlamentarierin und verwies darauf, dass die Staaten der EU sich darauf geeinigt hätten, drei Prozent ihres Haushaltes für die Bildung bereitzustellen. Davon sei man aber noch weit entfernt.

„Um die Bologna-Reform zu retten, muss die Struktur und die Qualität der Lehre an den Hochschulen verbessert und es muss mehr Geld dafür bereitgestellt werden“, legte Kai Gehring gleich ein drei Punkte Programm vor. Der Bundestagsabgeordnete der Grünen wies aber auch darauf hin, dass durch die geplanten Steuersenkungen der Bundesregierung eine finanzielle Grundlage für höhere Bildungsausgaben nicht mehr bestünde. Als Alter-

native hätten die Grünen bereits die Einführung eines Bildungssoli, eine Änderung der Erbschaftssteuer oder eine Anhebung des Spitzensteuersatzes ins Gespräch gebracht.

Einen anderen Aspekt brachte die baden-württembergische Landtagsabgeordnete der Grünen Theresia Bauer ein: „Hau weg den Akkreditierungskram“. Bei der Bologna-Reform gäbe es zwei Seiten. Die Hochschulen, die möglichst wenig mit der Lehre zu tun haben wollten, und Bund und Länder, die Geld sparen wollten. Mit dem Akkreditierungsrat und den Akkreditierungsagenturen sei außerdem ein Instrument geschaffen worden, das den Hochschulen die Bologna-Fähigkeit bescheinige und das dem Staat die Möglichkeit gebe zu sagen: Wir haben damit nichts zu tun. In welcher neuen Struktur die Qualitätssicherung der Lehre aber stattfinden könne, wollte Theresia Bauer nicht abschließend bewerten. Auf jeden Fall könnte die Qualitätssicherung auch kostengünstiger sein als mit Akkreditierungsagenturen.

„Machen die Professoren ohne Akkreditierungsrat nicht, was sie wollen?“, gab Christian Füller zu bedenken. „Es

Mir geht es um mehr



Yannick Oster, GHG Karlsruhe, ist im Landesvorstand von Campusgrün BaWü und stellte sich den Fragen zu Bologna 2.0.

Was ist Ihr persönlicher Bezug zum Bologna-Prozess?

Ich studiere Maschinenbau an der Uni Karlsruhe, ein Studium, das sowieso schon sehr verschult ist. Deshalb hat sich bei uns an der Uni bei der Umstellung nicht viel getan. Man musste sich schon immer sehr beeilen. Mein Bezug ist, dass ich in einer politischen Hochschulgruppe aktiv bin, und dass gerade Hörsaalbesetzungen waren. Welchen Aspekt fanden Sie besonders interessant?

Das mit den Niederlanden war neu für mich, sonst kannte ich viele Positionen schon.

Was würden Sie gerne vertieft haben?

Bei mir geht es um mehr, als das, was thematisiert wurde. Hier wurden viele Dinge nicht angesprochen, etwa die Demokratisierung der Hochschule oder die Beteiligung der Studierenden.



Noch sind einige Plätze bei der Abschlussrunde über die Bologna-Reform frei für diskussionsfreudige Teilnehmer.

muss eine Institution von außen geben, die für die Qualitätssicherung sorgt. Die Akkreditierungsagenturen gehören trotzdem auf den Prüfstand“, befand die nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete der Grünen Ruth Seidel. Die Europaabgeordnete der Grünen Franziska Brantner sah noch einen anderen wichtigen Aspekt, nämlich die Leh-

re an den Universitäten, die zukünftig anders bewertet werden müsse. „Die Lehre muss eine Aufwertung erfahren“, machte sie deutlich. Gleichzeitig müsse der Bachelor inhaltlich überarbeitet werden. „Dazu müssen Lehrende und Studierende zusammen ran“, forderte Franziska Brantner.

„Was nützen den heutigen Studierenden die neuen Regeln zum Bachelor, wenn die erst nächstes Jahr umgesetzt werden?“, wandte sich Christian Füller an die anwesenden Studierenden. „Der Akkreditierungsrat ist die momentane Möglichkeit für die Studierenden, um eine Stimme gegenüber den Hochschulen zu bekommen“, befand der Freiburger Jan Vogt. Wenn der Akkreditierungsrat in einem Land wie Baden-Württemberg, wo es keine verfasste Studentenschaft gibt, wegfielen, stünden die Studierenden wieder am Anfang. Dem konnte der Hamburger Benjamin Bechtel nicht so ganz zustimmen. „Die Akkreditierungsagenturen haben eine erhebliche Mitschuld an den Fehlentwicklungen. Man muss eine neue Qualitätssicherung entwickeln, und diese muss demokratisch sein“, forderte er.

Dass neben der Überlastung und Überfrachtung der Bachelor- und Masterstudiengänge und dem dadurch erzeugten Leistungsdruck, gerade die Demokratie an den Hochschulen nicht funktioniert, zeigte die weitere Diskussion. Das fehlende Mitspracherecht an den Hochschulen hatten bereits die Campusgrünen in einer Pressemittei-

lung bemängelt. Vor allem für Baden-Württemberg und Bayern konnten die anwesenden Studierenden das nur unterstreichen. In diesen beiden Bundesländern gibt es keine verfasste Studierendenschaft. Das hat beispielsweise für Baden-Württemberg zur Folge, dass die studentischen Vertreter im Hochschulsenat einen gesonderten Senatsausschuss bilden, den so genannte AStA. Dieser hat keine Satzungsautonomie und keine Finanzhoheit hat, wie eine der Diskussionsteilnehmerinnen schilderte. Sowohl über die Geschäftsordnung des AStA als auch über dessen Budget, das aus dem allgemeinen Hochschulhaushalt gespeist wird, entscheidet der Senat mit professoraler Mehrheit.

Über die eigenen Erfahrungen bei der Umsetzung der Bologna Reform berichtete Benjamin Bechtel. So habe er in den zuständigen Gremien die Professoren auf die Probleme mit der Überfrachtung der Bachelor-Studiengänge hingewiesen. Bei den Professoren sei er damit jedoch nicht durchgedrungen.

Von Lukas Bischof wollte Christian Füller noch etwas zu der Idee des „community organising“ wissen, und wie sich diese Organisationsform auf die Aktionen der Studierenden anwenden lässt. „Macht durch Masse“, brachte Lukas Bischof das „community organising“ auf den Punkt. Eine Organisationsform, die Barack Obama bei seiner Wahl zum US amerikanischen Präsidenten erfolgreich einge-

## Jede Menge Denkanstöße



Die Karlsruher Sprecherin des Bundesvorstands Campusgrün Jacqueline Klimesch nahm Stellung zu Bologna 2.0.

Was ist Ihr persönlicher Bezug zum Bologna-Prozess?

Ich habe den Bologna-Prozess mitbekommen als Mitglied einer politischen Hochschulgruppe und ich möchte aktiv etwas daran ändern.

Was war neu für Sie? Welche Aspekte fanden Sie besonders interessant?

Die Gegenüberstellung von studentischen Erwartungen im Bologna-Prozess und den Vorgaben und Vorstellungen von Politik und Hochschulleitung. Man hat gesehen, wie sie aneinander vorbeireden. Es müsste also ein Raum geschaffen werden, damit man gleichberechtigt über das Thema sprechen könnte.

Was nehmen Sie von der Veranstaltung mit nach Hause?

Jede Menge Denkanstöße, vor allem zwei Seiten: Dass sich nach der Meinung der älteren Professoren nichts verändern soll, und die Seite der Studierenden, die sagen, dass sich sehr viel verändern soll. Also den Bachelor verändern, ihn studierbarer machen, mehr Freiräume schaffen für individuelle Entfaltung. Ich nehme auch die Erkenntnis mit, dass man unterschiedlich mit Naturwissenschaften und Geisteswissenschaften umgehen muss, und dass die FHs noch einmal andere Bedürfnisse haben. Auch, dass Demokratie viel stärker an die Hochschulen gebracht werden muss.



Auch die Studierenden bekamen ihre Redezeit in der Abschlussrunde.

setzt habe. Für die Studierenden bedeute es, dass sich die lokalen Gruppen zusammenschließen müssten. „Das heißt auch, dass jemand eingestellt werden muss, der das organisiert“, erläuterte Lukas Bischof.

„Wie kann es passieren, dass behauptet wird, der Bachelor dürfe nur sechs Semester dauern?“, interessierte sich Christian Füller für noch einen ganz anderen Aspekt der Bologna-Reform in Deutschland. Ruth Seidl vermutete, dass das System hierbei eine Eigendynamik entwickelt hätte. Theresia Bauer hatte eine etwas differenzierte Erklärung parat. „Die Politik hatte verabschiedet, dass das Bachelor- und Masterstudium zusammen zehn Seme-

ster dauern sollten“. Da die Hochschulen für den Masterabschluss mindestens vier Semester vorgesehen hatten, blieben so für den Bachelor nur sechs Semester übrig.

Christian Füller erinnerte auch an die Schilderungen von Professor Paul Sars über die Studienbedingungen in den Niederlanden. „Brauchen wir auch autonome Hochschulen, Studiengebühren und Bafög für alle?“, fragte der Redakteur der taz. „Das niederländische System ist nicht unklug“, befand Franziska Brantner, denn dort würde jeder ein Stipendium bekommen, hätte aber auch Studiengebühren zu bezahlen, die im Stipendium bereits enthalten seien. Durch die Wahl der Hoch-

schule entschieden die Studierenden, wo das Geld am Ende landet.

„Wir müssen alles unterlassen, was den Zugang zu Bildungseinrichtungen behindert, dazu gehören auch die Studiengebühren in Deutschland“, machte Kai Gehring klar. Außerdem sei unser Bildungssystem seit Jahren unterfinanziert, denn gegenüber den durchschnittlichen Ausgaben der OECD-Länder für Bildung fehlten in Deutschland 23 Milliarden Euro.

„Alle Bachelor-Studiengänge müssen überprüft werden, ob sie den Zielen der Bologna-Reform entsprechen“, empfahl schließlich Theresia Bauer als weiteren Schritt zur Verbesserung der Studienbedingungen in Deutschland.

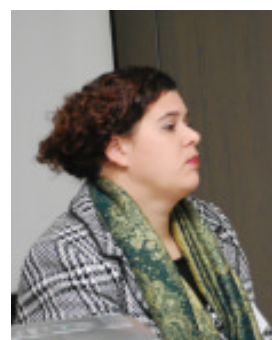
## Referenten, Moderatoren und Veranstalter



Theresia Bauer, MdL  
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende und hochschulpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart  
Seit 2001 ist Theresia Bauer für Bündnis 90/Die Grünen als ordentliches Mitglied im Landtag. Seit Beginn ihres Mandats ist sie Fraktionssprecherin für Hochschulpolitik und vertritt ihre Fraktion im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Ferner sitzt sie im Fachbeirat des Studienwerks der HBS sowie im Aufsichtsrat der Landesstiftung BW.



Franziska Brantner, MdEP  
Außenpolitische Sprecherin der Grünen im Europaparlament, Brüssel  
Franziska Brantner machte ihren Master- und Diplomabschluss im Fach Internationale Beziehungen an der Sciences Po in Paris und der School of Public and International Affairs (SIPA) der Columbia Universität in New York. An der Universität Mannheim, wo sie zur Reformfähigkeit der Vereinten Nationen promoviert, hat sie einen Lehrauftrag für Internationale Politik. Aufgrund ihrer eigenen Lehrtätigkeit sowie der Hochschuldichte in ihrem Wahlkreis ist eine Korrektur der Hochschulreform ein zentrales Anliegen von ihr.



Lea Brunner  
European University Association (EUA), Brüssel  
Lea Brunner ist seit November 2009 als Projektmitarbeiterin in der hochschulpolitischen Abteilung der EUA tätig. Seit dem Jahre 2001 beschäftigt sie sich mit hochschulpolitischen Themen, zuerst für die nationale Studierendenschaft der Schweiz VSS-UNES-USU, danach für den europäischen Dachverband der Studierendenschaften ESIB (heute ESU, „European Students Union“).



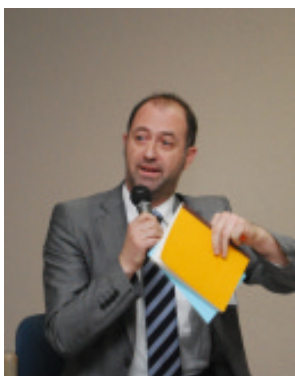
**Professor Dr. Hermann G. Ebner**  
Prorektor für Studium und Lehre,  
Universität Mannheim  
Hermann Ebner ist seit 2008 Prorektor für Studium und Lehre der Universität Mannheim und seit 1998 Ordinarius für Wirtschaftspädagogik an der Fakultät für Betriebswirtschaftslehre der Universität Mannheim. Seine Forschungsschwerpunkte sind experimentelle Forschung zu Aneignung, Repräsentation und Anwendung wirtschaftsberuflichen Wissens, Kompetenzentwicklung von Lehrpersonen an wirtschaftsberuflichen Schulen und Qualitätsmanagement im Bildungsbereich.



**Kai Gehring, MdB**  
Sprecher für Jugend, Generationen und Hochschulfragen der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Berlin  
Kai Gehring studierte von 1998 bis 2003 Sozialwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum. Seit 1998 Mitglied bei Bündnis90/Die Grünen (Kreisverband Essen) und Gründungsmitglied des Jugendverbandes Grüne Jugend NRW.  
Mitglied des Bundestages seit 2005. Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.



**Patrick Luzina**  
Sprecher des Bundesvorstands, Campusgrün, Berlin  
Patrick Luzina ist Diplom-Student der Politikwissenschaften im 7. Semester am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin. Erste Erfahrungen mit dem BA/MA 2001 als einer der ersten StudentInnen bundesweit im Studiengang Informationsmanagement und Informationstechnologie an der Universität Hildesheim. Sprecher des Bundesvorstandes von Campusgrün, dem Bündnis grün-alternativer Hochschulgruppen, sowie Vorstandsmitglied im Campusgrün Bildungswerk e.V.



**Christian Füller**  
Bildungsredakteur taz, Berlin  
Christian Füller studierte Politikwissenschaften an der FU Berlin, LMU München und KMU Leipzig und hat einen European Master of Public Administration der Uni Rotterdam. Er ist seit 3-Jahren Redakteur der Tageszeitung taz, und Lehrbeauftragter an der FU Berlin, Politikwissenschaften.  
Zusätzlich forschte Füller als Teilnehmer des „Journalist in Residence“-Programms der Volkswagen-Stiftung am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung über die Ursachen der neuen Bildungsarmut in Deutschland.



**Jacqueline Klimesch**  
Sprecherin des Bundesvorstands, Campusgrün, Karlsruhe  
Jacqueline Klimesch schloss 2008 ihr Biologie-Studium ab. Seit 2009 promoviert sie am Karlsruhe Institute of Technology und ist seit 2,5 Jahren im Bundesvorstand Campusgrün vertreten – seit September 2009 als Sprecherin.



**Dr. Sybille Reichert**  
Director Reichert Consulting: Policy and Strategy Development in Higher Education, Zürich. Seit ihrer Promotion an der Yale University 1994 arbeitet Sybille Reichert als „Higher Education Analyst“ mit den Schwerpunkten institutionelle Entwicklung, Internationalisierung und Organisationsreform. Sie gründete 2004 eine eigene Beratungsfirma. Ihre Analysen, Evaluationen und Gutachten werden europaweit von Universitäten, nationalen Ministerien, Rektorenkonferenzen, der Europäischen Kommission sowie europäischen Hochschulverbänden in Auftrag gegeben. Sie ist Mitglied des Experten-Pools des Institutional Evaluation Pro-

gramme der European University Association (EUA). Ihre Veröffentlichungen befassen sich unter anderem mit den Auswirkungen der Bologna-Reform für die institutionelle Entwicklung in Europa.



Prof. Dr. Paul Sars  
Kanzler und Dekan der Geisteswissenschaften, Radboud Universität Nimwegen  
Paul Sars studierte Germanistik in Nimwegen sowie Philosophie in Nimwegen und München. Promotion über die Lyrik Paul Celans, unter anderem im Zusammenhang mit dem Denken von Heidegger und Levinas. Seit 1990 Direktor des Studium Generale und seit 1999 Kanzler der Radboud Universität. Seit 2004 Professor für Deutschland-Studien und Direktor des Zentrums für Deutschland-Studien. Seit 2005 Dekan der Fakultät Geisteswissenschaften. Als Kanzler und Dekan befasst sich Paul Sars mit Umsetzungsprozessen und der Neu-Akkreditierung von Studiengängen (Master-Studiengang Niederlande-Deutschland-Studien, bi-nationaler/joint degree Münster-Nimwegen), sowie dem Neuordnungsgesetz der Studiengänge (geplant für 2010).



Dr. Ruth Seidl, MdL  
Wissenschafts- und forschungspolitische Sprecherin der Grünen im Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.  
Ruth Seidl studierte von 1973 bis 1983 Musikwissenschaften, Völkerkunde und Kunst an den Universitäten in Bonn und Freiburg. 1983 Promotion. Abgeordnete der Grünen im Landtag Nordrhein-Westfalens vom 2. Juni 2000 bis 2. Juni 2005 und seit 11. November 2005. Mitglied im Wissenschaftsausschuss und in der Vollzugskommission des Landtags NRW.



Dr. Helga Trüpel, MdEP  
Stellvertretende Sprecherin der deutschen Grünen im Europaparlament, Brüssel  
Helga Trüpel studierte Psychologie, Germanistik- und Religionspädagogik und promovierte 1988 in Literaturwissenschaft an der Universität Bremen. Sie ist seit 1980 Mitglied der Grünen Partei und engagierte sich als Mitglied der Bremer Bürgerschaft (1987-1991 und 1995-2004) besonders für die Themen Kultur und Wissenschaft. Von 1991 bis 1995 war sie Senatorin für

Kultur und Ausländerintegration der Hansestadt Bremen. 2004 wurde Helga Trüpel ins Europäische Parlament gewählt. Sie ist stellvertretende Sprecherin der Europagruppe Grüne, Vizepräsidentin des Kultur- und Bildungsausschusses, Mitglied im Haushaltsausschuss und zuständig für die parlamentarischen Beziehungen zu China.



Dr. Peter Zervakis  
Leiter Bologna-Zentrum, Hochschulrektorenkonferenz, Bonn  
Nach dem Studium der Geschichte- und Sozialwissenschaften mit Studienaufenthalt in den Vereinigten Staaten promovierte Peter Zervakis 1992 an der Universität Hamburg. Er war von 1999 bis 2004 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bonner Zentrum für Europäische Integrationsforschung und leitete von 2004 bis 2006 die Europa-Projekte der Bertelsmann Stiftung in Gütersloh. Seit 2006 leitet er das Bologna-Zentrum (BZ) der Hochschulrektorenkonferenz in Bonn. Das achtköpfige Team des BZ um Peter Zervakis unterstützt den Reform- und Modernisierungsprozess der deutschen Hochschulen auf ihrem Weg zu einem gemeinsamen Europäischen Hochschulraum mit Impulsen und „good practice“.

Pressemitteilung des Grünen-Büros der Metropolregion Rhein-Neckar, Franziska Brantner vom 14.12.2009

Die Idee war gut, bei der Ausführung klemmt's. Jetzt ist das Wehklagen groß, die Solidaritätsadressen an die Studierenden sind kaum zu zählen und irgendwie hat niemand (oder alle) Schuld. Vor genau zehn Jahren wurde die Bologna-Reform der europäischen Hochschulen aufs Gleis gehoben. Nun, wo Bildung wieder zum heißen Eisen wird, gab es am Montag in Mannheim einen Moment des Innehaltens. Experten, Studierendenvertreter, grüne Abgeordnete von Land, Bund und Europa blickten in der Jüdischen Gemeinde über den Tellerrand und diskutierten unter dem Motto "Bologna 2.0?, wo Deutschland bei der Umsetzung steht und was aus den Erfahrungen anderer Länder zu lernen wäre.

"Ein neues Format, solche Themen von der Region, über das Land, bis zum Internationalen zu betrachten", freute sich Helga Trüpel. Gemeinsam mit ihrer Kollegin im Europaparlament, Franziska Brantner, die die Veranstaltung in ihren Wahlkreis geholt hatte, forderte sie, dass die Politik jetzt endlich eine offene Diagnose liefern und dann die Dinge besser machen müsse. "Erste kleine Trippelschritte" gewagt zu haben, bescheinigte der Bundestagsabgeordnete Kai Gehring der Kultusministerkonferenz vor wenigen Tagen.

Doch Ziele wie mehr Mobilität, geringere Abrecherquoten und mehr Chancengerechtigkeit seien in weiter Ferne. Stattdessen, so die Heidelberger Landtagsabgeordnete Theresia Bauer, gebe es an vielen Orten "Turbostudien", in denen ohne Not alte Master- und Diplomstudiengänge einfach in sechs Semester Bachelor gequetscht würden und jede Menge Studierende, die sich einen Auslandsaufenthalt gar nicht mehr leisten könnten.

Doch die Rolle rückwärts will niemand. Nicht einmal diejenigen, die am meisten betroffen sind. Die jungen Männer und Frauen nützten das Forum, um sich schlau zu machen, wie es andernorts in Europa läuft in Sachen Bologna und gemeinsam mit den grünen Parlamentariern herauszufinden, wie es denn bedeutend besser laufen könnte.

"Ungeheure Dynamik", so Lea Brunner von der "European University Association" in Brüssel stecke im Prozess. Das gilt auch für Deutschland, wo schon fast drei Viertel der Anfänger mit Bachelor- beziehungsweise Master-Studiengängen beginnen. Gleichwohl ist die Zustimmung bei allen Beteiligten nach wie vor gering. Zu wenig Mittel, Überlast an Stoff, Prüfungsdruck, mangelnde Betreuung. ... Dass vieles in Deutschland überkorrekt, rigide, mit viel Bürokratie eingeführt wurde, dagegen neue Methoden der Lehre oder gar ein Wandel der Mentalität mit der Lupe zu suchen sind, darüber herrschte Konsens. Während der Prorektor der Mannheimer Universität, Professor Hermann Ebner, klar machte, dass es eine Verbesserung der Betreuung nicht für "umme" (Kurpfälzisch für umsonst) geben könnte und man sich viel zu wenig Gedanken gemacht habe, für welchen Arbeitsmarkt man die Bachelor denn ausbilde und wie der Übergang zum Master zu regeln sei, ist Holland da ein ganzes Stück weiter.

Da, so Professor Pauls Sars aus Nimwegen, erhält jeder Studierende ein Stipendium vom Staat, alle Universitäten entscheiden selbstständig über ihre Investitionen, werden aber vom Staat finanziert. Das Studium bis zum Bachelor ist formal von der Struktur, aber inhaltlich flexibel. Die Beteiligung der Studierenden gehört ganz selbstverständlich dazu, Studienplätze gibt es genügend. Das sieht laut Franziska Brantner in Deutschland ganz anders aus. Nicht zuletzt die am Horizont herauf ziehenden doppelten Abiturjahrgänge werden die ohnehin prekäre Lage noch verschärfen. Während Theresia Bauer den von der Kultusministerkonferenz eingeführten Akkreditierungsrat, der die Qualität der Bachelorstudiengänge sichern soll, am liebsten abschaffen würde, führte ihre Kollegin aus Nordrhein-Westfalen, Ruth Seidl, aus, dass externe Evaluierung schon auch notwendig sei. Sicher waren sich aber alle: Es muss sich mehr tun, vor allem müssen Studienplätze finanziert werden – statt Hotelbetten.

**Bildung:** Grüne fordern, aus Fehlern der Bologna-Reform zu lernen

## Verbesserung der Lehre nicht ohne Geld zu haben

Von unserem Redaktionsmitglied  
**Ursula Barth**

**MANNHEIM.** Glücklich müssen sie sein, die holländischen Studenten. Sie kennen kaum Zugangsbeschränkungen, genießen große Wahlfreiheit bei den Fächern und bestens ausgestattete Hochschulen. So steht jedem auf dem Campus ein universitätseigener Computer zur Verfügung. Kein Wunder, dass inzwischen 40 Prozent der ausländischen Studenten an niederländischen Hochschulen Deutsche sind und 20 000 unter ihnen ihr ganzes Studium in Holland absolvieren, wie der Kanzler der Universität Nimwegen, Paul Sars, gestern auf einer Veranstaltung der Grünen zum Thema „Bologna-Reform“ in Mannheim erzählte.

### Es knirscht im Getriebe

Nirgendwo sonst in Europa knirscht es zehn Jahre nach der Hochschulreform so stark im Getriebe wie in Deutschland. Verschulung, hohe Prüfungsdichte und die Beschränkung des Zugangs zum Master-Studium treiben die Studenten immer wieder auf die Barrikaden. Aber auch die deutschen Professoren sind Spitze bei der Unzufriedenheit: 53 Prozent von ihnen lehnen die Reform laut Eurobarometer ab. Dennoch

fordert niemand ernsthaft, den Prozess zurückzudrehen. „Die Grundidee eines gemeinsamen europäischen Hochschulraums ist richtig“, sagte die Grünen-Europaabgeordnete Helga Trüpel. „Man muss jetzt bereit sein, aus Fehlern zu lernen.“

Für Kai Gehring, hochschulpolitischer Sprecher der Grünen im Bundestag, ist dazu vor allem mehr Geld nötig. 1,1 Milliarden Euro pro Jahr veranschlagt er, um die Qualität der Lehre zu verbessern. Auch die rigiden Zugangsbeschränkungen zum Masterstudium müssten nach Ansicht der Grünen abgeschafft werden – eine Forderung, mit der sie bei vielen Hochschulen auf Granit beißen dürften. „Dann müssten wir ja auch jeden Master-Absolventen später in die Promotionsstudiengänge übernehmen“, sagte der Prorektor der Universität Mannheim, Hermann Ebner, und verwies auf andere Länder wie Großbritannien, wo man sich ebenfalls um einen Masterplatz bewerben müsse.

Peter Zervakis, Leiter des Bologna-Zentrums bei der Hochschulrektorenkonferenz, verteidigte die Reform. „Die Stimmung vor Bologna war alles andere als positiv“, sagte er. Seit Bologna sei die Regelstudienzeit gesunken und die Zufriedenheit mit Lehre und Beratung gestiegen.

Rhein-Neckar-Zeitung vom 17. 12. 2009

## Bisher gab's nur Trippelschritte auf dem Weg nach Bologna

*In Mannheim diskutierten Grüne Abgeordnete mit Experten und Betroffenen über die europaweite Umsetzung der Hochschulreform*

**Mannheim.** (red/zg) Die Idee war gut, die Ausführung mangelhaft – sagen viele. Jetzt ist das Wehklagen groß, die Solidaritätsadressen an die Studierenden sind kaum zu zählen – und irgendwie hat niemand Schuld. Vor genau zehn Jahren wurde die „Bologna-Reform“ der europäischen Hochschulen aufs Gleis gehoben. In Mannheim blickten jetzt Grüne-Abgeordnete von Land, Bund und Europa gemeinsam mit Experten und Betroffenen über den Tellerrand und diskutierten unter dem Motto „Bologna 2.0“, wo Deutschland bei der Umsetzung steht und was aus den Erfahrungen anderer Länder zu lernen wäre.

„Ein neues Format, solche Themen von der Region, über das Land, bis zum Internationalen zu betrachten“, freute sich Helga Trüpel. Gemeinsam mit ihrer Kollegin im Europaparlament, Franziska

Brantner, die die Veranstaltung in ihren Wahlkreis geholt hatte, forderte sie, dass die Politik jetzt endlich „eine offene Diagnose stellen“ und dann „die Dinge besser machen“ müsse. „Erste kleine Trippelschritte“ gewagt zu haben, beschleunigte der Bundestagsabgeordnete Kai Gehring der Kultusministerkonferenz vor wenigen Tagen. Doch behre Ziele wie mehr Mobilität, geringere Abbrecherquoten und mehr Chancengerechtigkeit seien in weiter Ferne.

Stattdessen, so die Heidelberger Landtagsabgeordnete Theresia Bauer, gebe es ein „Turbostudium“, in dem ohne Not alte Master- und Diplomstudiengänge in sechs Semester Bachelor gequetscht würden – und „jede Menge Studierende, die sich einen Auslandsaufenthalt gar nicht mehr leisten können“. Doch eine Rolle rückwärts will andererseits niemand –

nicht einmal diejenigen, die am meisten betroffen sind.

Zahlreiche Studenten nützten das Forum, um sich schlau zu machen, wie es andersorts in Europa läuft in Sachen Bologna, und um gemeinsam mit den grünen Parlamentariern heraus zu finden, wie es denn bedeutend besser laufen könnte. „Ungeheure Dynamik“, so Lea Brunner von der „European University Association“ in Brüssel, stecke im Prozess.

Das gilt auch für Deutschland, wo schon fast drei Viertel der Anfänger mit Bachelor- beziehungsweise Master-Studiengängen beginnen. Gleichwohl ist die Zustimmung nach wie vor gering. Zu wenige Mittel, Überlast an Stoff, Prüfungsdruck, mangelnde Betreuung, lauten die Argumente. Dass vieles in Deutschland überkorrekt, rigide, mit viel Bürokratie eingeführt wurde, dagegen neue Metho-

den der Lehrer oder gar ein Wandel der Mentalität mit der Lapse zu suchen sind, darüber herrschte Konsens.

Während der Prorektor der Mannheimer Universität, Professor Hermann Ebner, klar machte, dass es eine Verbesserung der Betreuung nicht für „umme“ geben könnte und man sich viel zu wenig Gedanken gemacht habe, für welchen Arbeitsmarkt man die Bachelor denn ausbilde und wie der Übergang zum Master zu regeln sei, ist Holland da ein ganzes Stück weiter. Da, so Professor Paul Sars aus Nimwegen, erhält jeder Studierende ein Stipendium vom Staat, alle Universitäten entscheiden selbstständig über ihre Investitionen, werden aber vom Staat finanziert. Das Studium bis zum Bachelor ist formal von der Struktur, aber inhaltlich frei; die Beteiligung der Studierenden gehört ganz selbstverständlich dazu.